

Ä10 Niedersachsen gewinnt – mit grünem Kompass

Antragsteller*in: Maik Niederstein (KV Oldenburg-Stadt)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 220 bis 221 einfügen:

und ermöglicht, dass nachhaltiges Wirtschaften unmittelbar wirtschaftlich belohnt wird.

Nachfrage stärken, statt pauschaler Steuersenkungen

Die schwarz-rote Bundesregierung reagiert auf die stagnierende Wirtschaft mit pauschalen Steuersenkungen für Unternehmen. Dieses neoliberale Rezept ist uralte, immer wieder gescheitert und wird auch jetzt nicht helfen. Es braucht einen Staat, der selbst strategisch in Schlüsselsektoren investiert, Investitionen anreizt und die allgemeine Nachfrage stärkt. Sparhaushalte und Kürzungen bei Sozialleistungen bewirken das Gegenteil und verschärfen die Krise. Es war deshalb ein Fehler, dass die Landesregierungen mit Grüner Beteiligung die Senkung der Körperschaftssteuer im Bundesrat mit ermöglicht haben. Unsere Abgeordneten und Regierungsmitglieder werden sich ab jetzt stärker und früher mit der Grünen Bundestagsfraktion und den anderen Grünen in Regierungsverantwortung abstimmen, um schädliche Gesetze im Bundesrat zu verhindern. Niedersachsen darf unter Grüner Regierungsbeteiligung keinen weiteren Steuersenkungen zustimmen, die die Ungleichheit verschärfen. Stattdessen unterstützen wir Initiativen für höhere und wirksame Besteuerung von Superreichen.

Begründung

Im Leitantrag zur Wirtschaftspolitik fehlt bisher ein klares Bekenntnis zur Stärkung der Nachfrage und zur Steuergerechtigkeit. Insbesondere müssen wir klarstellen, dass wir Grüne keine weiteren Steuersenkungen mitgehen werden, die die wachsende Ungleichheit verschärfen. Im Juli wurde im Bundesrat auch mit den Stimmen der Länder mit Grüner Regierungsbeteiligung - auch Niedersachsens - die Senkung der Körperschaftssteuer für Unternehmen um ein Drittel von 15 auf 10 Prozent beschlossen. Dieses Steuergeschenk geht laut Schätzung von Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung zu 72% an das reichste 1% der Bevölkerung [1]. Auch Niedersachsen werden ab den 30er-Jahren durch diese Steuersenkung jedes Jahr mehrere hundert Millionen Euro fehlen. Mit der Aufnahme in den Parteitagebeschluss soll unseren Landtagsabgeordneten und Regierungsmitgliedern der Rücken in zukünftigen Verhandlungen mit der SPD zu ähnlichen Fragen gestärkt werden.

[1] <https://www.bundestag.de/resource/blob/1094112/02-DIW.pdf>

Unterstützer*innen

Marvin Jonas Laesecke (KV Oldenburg-Stadt); David Köhler (KV Ammerland); Jannik Lichtenfeld (LV Grüne Jugend NdS); Katharina Garves (KV Oldenburg-Stadt); Thorsten Duhn (KV Oldenburg-Stadt); Dara Ali Bako (KV Oldenburg-Stadt); Claudia Petra Kúpker (KV Oldenburg-Stadt); Berit Müller (KV Oldenburg-Stadt); Elke Roskosch-Buntemeyer (KV Oldenburg-Stadt); Anja-Katharina Neukirch (KV Oldenburg-Stadt); Sophie Eheleben (LV Grüne Jugend NdS); Johanna Belz (KV Hannover); Simon Belz (KV Hannover); Katharina von Dach (KV Oldenburg-Stadt); Hubert Hill (KV Oldenburg-Stadt); Christoph Nicklerl (KV Oldenburg-Stadt); Mario Tummescheit (KV Oldenburg-Stadt); Johanna Schneider (KV Oldenburg-Stadt); Joram Vornmoor (KV Vechta)